

# Die Tax Incomes Policy von Wallich und Weintraub als mikroökonomische Ergänzung der Globalsteuerung

## Eine kritische Bestandsaufnahme

Von Hermann Ribhegge

Um der Tendenz der Unternehmen, stabilitätswidrige Lohnabschlüsse zu vereinbaren, entgegenzuwirken, haben Wallich und Weintraub eine selektive Besteuerung der Gewinne vorgeschlagen. Dieser Überlegung liegt der Gedanke zugrunde, daß stabilitätskonforme Lohnvereinbarungen die Erstellung eines öffentlichen Gutes beinhalten und die externen Effekte der Lohnvereinbarungen — ihre Auswirkungen auf den Geldwert und die Beschäftigung — zu internalisieren sind. In diesem Beitrag wird untersucht, wie sich die Strafsteuer auf die Ziele: Preisniveaustabilität, Vollbeschäftigung und gerechte Einkommensverteilung auswirkt.

### I. Einleitung

Als Ergänzung der Globalsteuerung aus mikroökonomischer Sicht haben Wallich und Weintraub (kurz W/W) vorgeschlagen, das Inflationsproblem durch eine Besteuerung der Unternehmen zu lösen, die zu hohe Lohnvereinbarungen mit den Gewerkschaften abschließen<sup>1</sup>. Schien dieser Vorschlag von W/W nach seiner Veröffentlichung — sieht man von einigen sporadischen Beiträgen ab<sup>2</sup> — immer mehr in Vergessenheit zu geraten, so hat sich diese Situation in den letzten beiden Jahren grundlegend geändert<sup>3</sup>. Das gestiegene Interesse an der *Tax Incomes Policy* (kurz TIP) von W/W ist im wesentlichen auf zwei Faktoren zurückzuführen:

1. Es ist bisher nicht gelungen — sei es mit fiskalpolitischen oder mehr monetaristisch ausgerichteten Strategien —, eine inflationsfreie Vollbeschäftigungssituation zu erreichen. Es lag deshalb nahe, nach

---

<sup>1</sup> Siehe ausführlich *Wallich* (1972 a), (1972 b), *Wallich / Weintraub* (1971), *Weintraub* (1971), (1972).

<sup>2</sup> Zu nennen sind: *Fogarty* (1973), *Isard* (1973), *Friedrich* (1974), *Kotowitz / Portes* (1974), *Teichmann* (1974), 43 ff. und *Seidman* (1976 a), (1976 b).

<sup>3</sup> Insbesondere die Beiträge auf dem Symposium des Brookings Instituts über Einkommenspolitik, abgedruckt in: *Brookings Papers on Economic Activity* (1978/H. 2) sowie *Cassel/Thieme* (1977), 92 ff., *Jianakoplos* (1978), *Latham/Peel* (1977), *Lerner* (1977), *Meyer-Thoms* (1978), 182 ff., *Okun* (1977), (1978), *Seidman* (1978 b), *Starbatty* (1977), 141 ff., *Weintraub* (1978). Bezüglich der Resonanz in der politischen Diskussion und in der Presse siehe den Hinweis bei *Seidman* (1978 a), 303.

neuen Instrumenten zur Lösung des Konfliktes zwischen Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität zu suchen.

2. Begründeten W / W ihr Modell zunächst mit einem einfachen Theorieansatz (Angebotsinflation in Form der mark-up-inflation aufgrund inflationärer Lohnsteigerungen), so ist diese theoretische Fundierung in den letzten Jahren wesentlich erweitert worden. Insbesondere war man bemüht, monetaristische Überlegungen einzubeziehen. Dabei verlagerte sich die Zielsetzung der TIP. W / W verstanden ursprünglich die TIP als Instrument zur Inflationsbekämpfung. Neuerdings betonen Weintraub und besonders Seidman den Einfluß der TIP auf die Beschäftigung. Seidman ist der Ansicht, daß durch die TIP erreicht wird, die natürliche Arbeitslosenrate zu verringern und einen größeren Spielraum für die restriktive Geldmengenpolitik zu schaffen, die keine negativen Beschäftigungseffekte bewirkt<sup>4</sup>.

Es ist das Ziel dieses Beitrages, die Konzeption von W / W darzustellen und die wichtigsten Argumente für und wider die TIP aufzuzeigen. Deshalb erläutern wir im II. Teil den Vorschlag von W / W und verdeutlichen ihn anhand eines Beispiels. Im III. Teil untersuchen wir die Auswirkungen der TIP. Drei Aspekte stehen im Vordergrund der Untersuchung. Einmal beschäftigen wir uns mit dem Einfluß der TIP auf die Sicherung des Geldwertes. Wir setzen uns mit der These von W / W auseinander, daß eine stabilitätskonforme Lohnpolitik durch die TIP erzielt wird und diese Lohnpolitik automatisch eine Realisierung der Preisniveaustabilität garantiert. Die TIP kann nicht allein an ihrem Beitrag zur Sicherung des Geldwertes beurteilt werden. Die durch sie bewirkten Kosten der Inflationsbekämpfung — primär die negativen Effekte auf die Beschäftigung — müssen ebenfalls berücksichtigt werden. Daher versuchen wir in einem zweiten Schritt, den Einfluß der TIP auf den (zumindest kurzfristig existierenden) Konflikt zwischen Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität zu bestimmen. Im dritten Schritt gehen wir der Frage nach, wer die Lasten der Strafsteuer zu tragen hat. Es sollen die Verteilungseffekte der TIP bestimmt werden. Denn wird der Abbau der Inflation allein oder überwiegend zu Lasten einer Gruppe — wie die der Beschäftigten — erreicht, so ist mit politischem Druck auf die Entscheidungsinstanzen und gewerkschaftlichen Gegenmaßnahmen zu rechnen.

Nur wenn alle drei Kriterien (Geldwert, Beschäftigung, Verteilung) ausreichend erfüllt sind, kann die TIP empfohlen werden. Mit dieser Beurteilung befassen wir uns im anschließenden IV. Teil.

---

<sup>4</sup> Siehe dazu ausführlich Weintraub (1978), 71 ff. sowie ansatzweise Weintraub (1972) und besonders Seidman (1978 a).

Der Schwerpunkt des Beitrages liegt in der theoretischen Untersuchung und Beurteilung der TIP. Auf Probleme der politischen Durchsetzung sowie auf die wichtige Kontrollproblematik bei der TIP wollen wir hier nicht eingehen<sup>5</sup>.

## II. Darstellung der Tax Incomes Policy

Ausgangspunkt der Überlegungen von W / W ist die Erkenntnis, daß die konventionelle Fiskal- und Geldpolitik bei der Verfolgung der beiden Ziele Geldwertsicherung und Vollbeschäftigung versagt haben<sup>6</sup>. Der Mißerfolg ist nach ihrer Ansicht darauf zurückzuführen, daß die konventionellen stabilitätspolitischen Maßnahmen reaktiv angelegt sind und sie erst im nachhinein entstandene Fehlentwicklungen korrigieren sollten<sup>7</sup>. W / W halten es daher für notwendig, schon während der Tarifverhandlungen die Bereitschaft der Unternehmen zu stabilitätskonformem Verhalten zu erhöhen, um von vornherein die Entstehung lohnpolitischer Fehlentwicklungen zu verhindern. Denn „bei den Unternehmen ist der Widerstand gegen Lohnerhöhungen im Zug des Inflationsprozesses immer geringer geworden“<sup>8</sup>.

Um die Bereitschaft der Unternehmen zu stärken, stabilitätswidriger Lohnvereinbarungen zu widerstehen, muß die Attraktivität stabilitätsgerechter Verhaltensweisen bei den Unternehmen verbessert werden. Es muß die Erwartung geweckt werden, daß auch die anderen Unternehmen ihren Beitrag zur Lohnstabilisierung leisten. Dies ist notwendig, damit sich die Politik gesamtwirtschaftlich auswirkt und die Last der Politik nicht auf den Schultern einzelner Unternehmen ruht.

Anstelle der Lösung des Problems stabilitätswidriger Lohnvereinbarungen über die Abschaffung bzw. die Reduzierung der Macht der Gewerkschaften zu erreichen, wie dies z. B. Haberler vorschlägt<sup>9</sup>, vertreten W / W die Auffassung, daß der Widerstand der Unternehmen durch gezielte Anreize gestärkt werden soll. Während von der Fiskal- und Geldpolitik nur ein *indirekter* Druck zur Dämpfung der Lohn- und Preissteigerungen ausgeht, soll durch ihren einkommenspolitischen Vorschlag ein *direkter* Druck bzw. Anreiz geschaffen werden<sup>10</sup>.

---

<sup>5</sup> Auf dies Problem wird kurz eingegangen in: Ribhegge (1979), 78 ff. Bezüglich der Kontrollproblematik der TIP und ihrer Installierung siehe: Dildine/Sunley (1978).

<sup>6</sup> Wallich/Weintraub (1971), 1.

<sup>7</sup> „The major fallacy of stringent tax measures to cope with inflation is that this attempts to capture the increases in wage incomes after they occur.“ Weintraub (1971), 1.

<sup>8</sup> Ehrlicher (1975), 400.

<sup>9</sup> Haberler (1975), 129 ff.

<sup>10</sup> Vgl. Wallich/Weintraub (1971), 6.



Diesen Überlegungen liegt der Gedanke zugrunde, daß stabilitätskonforme Lohnvereinbarungen der Erstellung eines öffentlichen Gutes entsprechen<sup>11</sup> und die externen Effekte der Lohnvereinbarungen — ihre Auswirkungen auf den Geldwert und die Beschäftigung — zu internalisieren sind<sup>12</sup>. Dies bedeutet, daß grundsätzlich jeder für die Realisierung einer inflationsfreien Vollbeschäftigungssituation eintritt. Da aber niemand von den Vorteilen der Vollbeschäftigung und der Geldwertstabilität ausgeschlossen werden kann, bringt ein eigener Stabilitätsbeitrag keine zusätzlichen Vorteile und muß deshalb auf der Basis der Zielsetzung des einzelnen Unternehmens als irrational erscheinen. Der Nachteil ist besonders dann gegeben, wenn dem unternehmerischen Handeln die Annahme zugrunde liegt, daß die anderen Unternehmen ihren Beitrag zur Produktion des öffentlichen Gutes in Form eines verstärkten Widerstandes gegen inflationäre Lohnsteigerungen nicht leisten. Solange das einzelne Unternehmen erwarten kann, inflationäre Lohnsteigerungen überwälzen zu können, lohnt es sich, Konflikte bei den Lohnverhandlungen zu vermeiden. Denn verhindert ein einzelnes Unternehmen exzessive Lohnsteigerungen, ist bei Weitergabe der möglichen Kostenvorteile der Preisniveaustabilisierungseffekt gering und der eventuelle Wettbewerbsvorteil fraglich, da qualifizierte Beschäftigte aufgrund des niedrigen Lohnniveaus abwandern und die Lohnkostenvorteile gegen die Nachteile des durch Streiks und Arbeitsniederlegungen zu erwartenden Produktionsausfalls abzuwägen sind<sup>13</sup> und Preissenkungen sich nicht sofort in einer stärkeren Nachfrage niederschlagen<sup>14</sup>.

Durch die Einführung der Strafsteuer, die von den Unternehmen im Falle zu hoher Lohnvereinbarungen zu zahlen ist, soll das Problem der Produktion öffentlicher Güter auf dem Arbeitsmarkt gelöst werden. Durch diese Steuer wird die Entscheidungssituation der Unternehmen dahingehend geändert, „that it is in their selfinterest, for their own preservation, that industrialists will reject extravagant wage settlements“<sup>15</sup>. W/W verstehen ihren Vorschlag aber nicht als eine *Alternative* zur bisherigen Geld- und Fiskalpolitik. Voraussetzung für

---

<sup>11</sup> Eine Begründung dieser These findet man bei: Ribhegge (1979), 16 ff. Siehe insbesondere die Ausführungen zu den Dezentralisations- und Koordinationsproblemen.

<sup>12</sup> Diese Auffassung vertreten besonders Lerner (1977), 397 ff., Seidman (1978 a), 301 f.

<sup>13</sup> Die erste ausführliche Darstellung der gleichen Problemsituation für die Gewerkschaften findet man bei: Frey (1966).

<sup>14</sup> Zu diesem Problem der Ineffizienz der Preispolitik zur Nachfragesteuerung siehe z. B. Okun (1975), 358 ff.

<sup>15</sup> Weintraub (1971), 4.

den Erfolg der TIP ist eine begleitende, konsequente stabilitätskonforme Geld- und Fiskalpolitik<sup>16</sup>.

Der nach Meinung von W/W marktkonforme Vorschlag<sup>17</sup> sieht im einzelnen folgende Regelungen vor: Zu Beginn eines Jahres wird eine Lohnleitlinie  $w_l^\dagger$  vorgegeben, die sich im wesentlichen an der Produktivitätsentwicklung und den als unvermeidbar angesehenen Preissteigerungen ausrichtet<sup>18</sup>.

Unternehmen, die bei ihren Lohnvereinbarungen diese Lohnleitlinie nicht überschreiten, bezahlen weiter die gleiche Gewinn- bzw. Körperschaftssteuer, wie vor der Einführung der TIP. Für sie ändert sich der Steuersatz nicht. Hingegen müssen die Unternehmen, deren Löhne die Lohnleitlinie übersteigen, zusätzlich eine Strafsteuer bezahlen, die sich folgendermaßen bestimmt. Sind  $b$  der (Basis-)steuersatz vor Einführung der TIP (z. B. 54 % Körperschaftssteuer) und  $t$  der neue Steuersatz nach Einführung der TIP, sowie  $w_l$  die von dem Unternehmen vereinbarte Lohnsteigerungsrate, z. B. 7 %, und beträgt die Lohnleitlinie  $w_l^\dagger = 5,5$  %, so daß die Lohnvereinbarung die Lohnleitlinie um 1,5 % übersteigt, dann erhöht sich der Steuersatz des Unternehmens um 1,5 % bzw. um ein Vielfaches dieser Differenz, je nachdem, welcher Multiplikator  $m$  von den staatlichen Instanzen gewählt wird. Wir erhalten dann folgende Steuerfunktion für ein Unternehmen<sup>19</sup>:

$$(1) \quad t = \begin{cases} b + m(w_l - w_l^\dagger) & \text{für } w_l > w_l^\dagger \\ b & \text{für } w_l \leq w_l^\dagger \end{cases}$$

bei der der Multiplikator  $m$  die Stärke der Strafsteuer und  $t$  den Steuersatz des Unternehmens angeben.

### III. Beurteilung der TIP

Bei der Bestimmung der Effekte der TIP werden wir folgendermaßen vorgehen. Den Ausgangspunkt der Analyse bilden die Tarifverhandlungen und die sich daraus ergebenden Lohnsteigerungen in den Unternehmen. Aus einer zunächst rein mikroökonomischen Perspektive werden wir der Frage nachgehen, ob durch die TIP eine Beeinflussung der Verhaltensweisen der einzelnen Unternehmen und Gewerkschaften

<sup>16</sup> Vgl. den entsprechenden Hinweis bei *Wallich/Weintraub* (1971), 1.

<sup>17</sup> Ebenda.

<sup>18</sup> *Weintraub* (1978), 125. Hingegen schlägt *Wallich* vor, die Lohnleitlinie mit der Produktivitätsentwicklung zuzüglich der Hälfte der Inflationsrate des letzten Jahres gleichzusetzen, vgl. *Wallich* (1972 b), 6.

<sup>19</sup> Siehe die entsprechende Darstellung bei *Seidman* (1978 a), 302.

bewirkt wird. Fällt das Urteil positiv aus, so können wir anschließend die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der TIP bestimmen.

### a) Preisniveaustabilisierungseffekt

Die Strafsteuer führt zu einer besseren Erfüllung der stabilitätspolitischen Ziele, wenn sie für die Unternehmen und Gewerkschaften Anreize zu einer Verhaltensänderung schafft, die aus gesamtwirtschaftlicher Sicht günstig beurteilt wird. Soll durch die Strafsteuer, als selektiver Anreiz, das lohnpolitische Verhalten der Unternehmen beeinflusst werden, so muß die negative Beziehung<sup>20</sup> zwischen dem Unternehmensgewinn  $G$  und der Lohnsteigerungsrate  $w_l$  verstärkt werden ( $|\partial G/\partial w_l| \uparrow$ ), damit sich der negative Effekt stabilitätswidriger Lohnvereinbarungen stärker auf den Gewinn des Unternehmens auswirkt.

Es sei  $G^n$  der Nettogewinn vor der Einführung der Strafsteuer und  $G^{sn}$  der Nettogewinn des Unternehmens nach der Einführung der Strafsteuer und  $G^{br}$  der Bruttogewinn vor Steuer, dann gilt für den Körperschafts- bzw. Gewinnsteuersatz  $b$ :

$$(2) \quad G^n(., w_l) = G^{br}(., w_l) (1 - b),$$

so daß

$$(3) \quad \frac{\partial G^n}{\partial w_l} = (1 - b) \frac{\partial G^{br}}{\partial w_l}$$

Durch die Einführung der Strafsteuer von  $W/W$  (siehe Gleichung (1)) wird diese Beziehung modifiziert:

$$(4) \quad G^{sn}(., w_l) = G^{br}(., w_l) (1 - t(w_l))$$

und

$$(5) \quad \frac{\partial G^{sn}}{\partial w_l} = (1 - b) \frac{\partial G^{br}}{\partial w_l} - m \left[ (w_l - w_l^\dagger) \frac{\partial G^{br}}{\partial w_l} + G^{br} \right] < \frac{\partial G^n}{\partial w_l},$$

da im allgemeinen  $|(w_l - w_l^\dagger) \frac{\partial G^{br}}{\partial w_l}|$  kleiner als  $G^{br}$  ist.

Durch die Einführung der Strafsteuer wird der negative Effekt von  $w_l$  auf den Gewinn nach Steuer verstärkt.

<sup>20</sup> Daß sich gesamtwirtschaftlich diese Beziehung unter Umständen aufgrund des Nachfrageeffektes der Löhne umkehrt, interessiert in diesem Zusammenhang nicht, da nur das mikroökonomische Kalkül der Unternehmen relevant ist, das zu gesamtwirtschaftlich ungünstigen Ergebnissen führen kann, da der Nachfrageeffekt von ihnen vernachlässigt wird. Siehe dazu ausführlich Ribhegge (1979), 36 ff.



Bleiben wir bei der mikroökonomischen Betrachtungsweise, so ist noch nicht geklärt, wie stark dieser Effekt der Strafsteuer auf den Gewinn ist. Die Intensität der Strafsteuer hängt wesentlich von den Überwälzungsmöglichkeiten ab<sup>21</sup>. Sind die Unternehmen sowohl auf dem Arbeits- als auch auf dem Gütermarkt Mengenanpasser, so ergeben sich für die gewinnmaximierenden Unternehmen keine Überwälzungsmöglichkeiten. Dies gilt auch für den Fall der Preissetzung durch das Unternehmen bei gegebener und bekannter Nachfragekurve (Monopol). Für das Unternehmen erhalten wir den gleichen optimalen Preis, wie er vor der Einführung der Strafsteuer galt, da

$$(6) \quad \frac{\partial G^n}{\partial p} = 0 = \frac{\partial G^{br}(1-b)}{\partial p} \leq \frac{\partial G^{sn}}{\partial p} = 0 = \frac{\partial G^{br}(1-t)}{\partial p}$$

gilt.

Überwälzungsmöglichkeiten über den Preis ergeben sich bei einer rein mikroökonomischen Perspektive nur bei einer Aufschlagskalkulation und bei oligopolistischer Preispolitik. Selbst wenn die Reduzierung des Nettostückgewinns durch eine entsprechende Preissteigerung wieder ausgeglichen wird, kommt es dennoch aufgrund der mengenmäßigen Absatzeinbußen (preiselastische Nachfrage) zu keiner vollen Überwälzung der Strafsteuer (keine Realisierung des alten Nettogewinns). Es kann also gefolgert werden, daß durch die Strafsteuer der Einfluß der Löhne auf den Nettogewinn nach Steuer verstärkt wird, auch wenn dieser Effekt, je nach der gegebenen Marktkonstellation, teilweise abgeschwächt wird<sup>22</sup>.

Können wir davon ausgehen, daß durch die Strafsteuer tatsächlich über die Beeinflussung des Nettogewinns den Unternehmen ein Anreiz gegeben wird, Lohnvereinbarungen, die die Lohnleitlinie übersteigen, zu verhindern, so ist noch nicht gesichert, daß damit die Entwicklung der Löhne wesentlich verbessert wird. Dazu bedarf es der

<sup>21</sup> Es soll nicht untersucht werden, wer letztlich die Steuer trägt, sondern, ob die Unternehmen *erwarten* können, kurz- und mittelfristig die Steuer zu überwälzen. Denn nur wenn die Unternehmen erwarten, daß sie die Strafsteuer *voll* überwälzen können, liegt kein selektiver Anreiz vor. Weiter interessieren an dieser Stelle der Untersuchung nicht die möglichen inflationären Effekte der Weiterwälzung, auf die sich oft rein mikroökonomische Ansätze zur Beurteilung der TIP konzentrieren.

<sup>22</sup> Eine genaue Bestimmung des Überwälzungs- und Preissteigerungseffektes ist nicht nötig, da im folgenden nicht versucht wird, den positiven Effekt der Lohnbeschränkungen durch die Strafsteuer gegen den negativen Effekt der Preissteigerung abzuwägen, wie dies *Isard* (1973) tut, da eine Übertragung mikroökonomischer Ergebnisse auf gesamtwirtschaftliche — zumindest im Bereich der Inflationsanalyse — nicht ohne weiteres möglich ist. Zur Überwälzungsproblematik und den möglichen gesamtwirtschaftlichen Effekten siehe die ausführliche Darstellung bei: *Seidman* (1978 b) sowie kritisch bezüglich des positiven Effektes der TIP auf die Lohnentwicklung *Latham/Peel* (1977).





aufgrund ihres Kosten-Nutzen-Kalküls abwägen, ob sie die gewerkschaftliche Forderung akzeptieren und die Tarifaueinandersetzung beenden oder ob sie die Forderung ablehnen und einen Streik in Kauf nehmen. Übersteigen die Kosten des streikbedingten Produktionsausfalls die Kosten der Lohnsteigerung, so werden die Unternehmen die Lohnforderung akzeptieren (Bereich unterhalb der Konzessionskurve E). Oberhalb der Konzessionskurve der Unternehmen übersteigen die Kosten der Lohnsteigerung die Kosten des Produktionsausfalls, und es lohnt sich für die Unternehmen, die Lohnforderung der Gewerkschaft abzulehnen.

Analog zu den Unternehmen wägen die Gewerkschaften die Nachteile einer Senkung der Lohnforderung gegen die Kosten eines Streiks ab. Die Widerstandskurve der Gewerkschaften gibt ihre Streikbereitschaft wieder, sie zeigt die maximale Streikbereitschaft für die Verhinderung einer Lohnsenkung an. Sowohl aus der Sicht der Unternehmen als auch der Gewerkschaften ergibt dann der Schnittpunkt der Konzessions- und Widerstandskurve  $S_0$ , die für beide Seiten akzeptable Lohnsteigerung.

Gemäß den Vorstellungen von W / W werden folgende Effekte durch die TIP bewirkt:

1. Die Kosten einer Lohnsteigerung über die vorgegebene Lohnleitlinie  $w_1^+$  werden durch die Strafsteuer erhöht.
2. Da auch die konkurrierenden Unternehmen und Branchen von der Strafsteuer betroffen sind, muß jedes einzelne Unternehmen damit rechnen, daß bei der Konkurrenz die Konzessionsbereitschaft zurückgegangen ist und die Konkurrenz zu keinen Lohnzugeständnissen bereit sein wird. Das hat zur Folge, daß sich die Überwälzungsmöglichkeiten der die Leitlinie übersteigenden Lohnerhöhungen für das einzelne Unternehmen verschlechtern, da die Konkurrenz aufgrund der niedrigeren Lohnkosten nicht so umfangreiche Preissteigerungen vornehmen muß. Bewirkt die TIP niedrigere Lohnabschlüsse bei der Konkurrenz, so muß das Unternehmen ebenfalls seine Konzessionsbereitschaft reduzieren, um noch kostengünstig produzieren zu können<sup>25</sup>.

---

<sup>25</sup> Die hier vorgetragene Argumentationskette ist nur für unternehmensbezogene Tarifverhandlungen gültig und nicht für branchen- oder sektorweite Tarifverhandlungen, wie sie für die Bundesrepublik typisch sind. Dennoch ist die Argumentation auch für die Bundesrepublik relevant, da sich in den letzten Jahren, wenn auch mehr auf informeller Basis, eine eigenständige betriebliche Lohnpolitik zwischen den Unternehmen und den Betriebsräten herausgebildet hat.

3. Es wird dem Unternehmen schwer fallen, über die Lohnleitlinie hinausgehende Lohnkonzessionen gegenüber ihren Anteilseignern zu rechtfertigen.

Aufgrund dieser Überlegungen kommen W / W zu dem Ergebnis, daß sich die Konzessionskurve der Unternehmen nach rechts zu  $E^T$  verschiebt und die Lohnsteigerungsrate von  $w_{10}$  auf  $w_{11}$  fällt.

Obwohl die Strafsteuer nur die Unternehmen direkt trifft, erwarten W / W dennoch, daß durch die Steuer auch das Verhalten der Gewerkschaften beeinflußt wird, da ihr Widerstand abnimmt und sich ihre Widerstandskurve von  $U$  nach  $U^T_1$  verschiebt<sup>26</sup>. Denn die Gewerkschaften berücksichtigen die gesunkene Zahlungsfähigkeit der Unternehmen, die durch die TIP bewirkt wird<sup>27</sup>. Der positive Effekt der TIP auf die Widerstandskurve der Gewerkschaften wird nach Seidman durch die Lohn-Lohn-Spirale verstärkt. Bewirkt die TIP eine Reduzierung der Lohnsteigerungsrate, so nimmt in der nachfolgenden Tarifverhandlung der Widerstand der Gewerkschaften ab, da das Anspruchsniveau der Gewerkschaften sich nach den erzielten Steigerungsrate der Vergangenheit ausrichtet<sup>28</sup>.

Gemäß der Veränderungen der beiden Kurven folgt aus dem Hicks-Modell, daß die Lohnsteigerungsrate und u. U. die zu erwartende Streikdauer verringert werden. Würde zur direkten Verhaltensbeeinflussung eine Lohnstrafsteuer eingeführt, so befürchten W / W, daß dies eine Verschiebung der Widerstandskurve nach oben — von  $U$  nach  $U^T$  — bewirken wird, d. h. sowohl die Lohnsteigerungsrate als auch die Streikdauer würden stabilitätswidrig zunehmen. Den erhöhten Widerstand der Gewerkschaften im Fall der Einführung einer Lohnstrafsteuer führen W / W darauf zurück, daß die Gewerkschaften eine *Nettoreallohnoorientierung* betreiben. Die Zielvariable ist nicht das Bruttoeinkommen ihrer Mitglieder, sondern deren verfügbares Nettoeinkommen<sup>29</sup>. Die Gewerkschaften werden deshalb von vornherein die gestiegene Lohnsteuer antizipieren und versuchen, diese auf die Unternehmen weiterzuwälzen<sup>30</sup>.

<sup>26</sup> Als Beleg dafür führt Weintraub die Arbeiten von Isard, Kotowitz und Portes sowie Seidman an.

<sup>27</sup> Vgl. Wallich/Weintraub (1971), 7.

<sup>28</sup> Daß zwischen dem Nettogewinn und der Entwicklung der Lohnsteigerungsrate sowohl auf mikroökonomischer als auch auf makroökonomischer Ebene eine positive Beziehung besteht, ist für die Argumentation Seidmans von enormer Bedeutung. Vgl. Seidman (1978 b), 653 ff.

<sup>29</sup> Zur empirischen Relevanz der Nettoreallohnoorientierung für die Bundesrepublik siehe z. B.: Kock (1977), 119 ff.

<sup>30</sup> Vgl. Wallich/Weintraub (1971), 8.

Bei der Beurteilung der TIP müssen wir die Effekte auf die Widerstands- und die Konzessionskurve bestimmen. Wird einzig und allein die Konzessionskurve der Unternehmen beeinflusst, so findet nur ein TRADE OFF zwischen der Reduzierung der Lohnsteigerungsrate und der erwarteten Streikdauer statt<sup>31</sup>. Dieser TRADE OFF ist um so fataler, je flacher die Widerstandskurve der Gewerkschaften verläuft. Liegt z. B. die Lohnleitlinie  $w_i^+$  unter dem Mindestanspruchs niveau der Gewerkschaften, dann bewirkt die Strafsteuer nur einen streikbedingten Ausfall der Produktion<sup>32</sup>. Entscheidend für die Wirksamkeit der Strafsteuer ist, daß die Widerstandskurve der Gewerkschaften ebenfalls beeinflusst wird. Zur Beurteilung dieser Frage reicht das Hicks-Modell nicht aus, da in diesem Modell die entscheidende Determinante für den Verlauf der Widerstandskurve primär die Streikkasse der Gewerkschaften ist und wichtige Determinanten vernachlässigt werden. Deshalb werden wir ein Modell von *Ashenfelter* und *Johnson* (im folgenden kurz: A/J) verwenden<sup>33</sup>. Dieses Modell hat sich im empirischen Test bewährt<sup>34</sup>.

In diesem Modell wird das Zustandekommen von Streiks nicht — wie bei *Hicks* — auf Fehlinformationen über die Strategie der Gegenpartei zurückgeführt. Streiks werden als Instrument eines Lernprozesses angesehen, mit dem die Gewerkschaftsführung die Lohnakzeptierungsbereitschaft ihrer Mitglieder erhöht. In diesem Modell wird dem Konflikt zwischen Gewerkschaftsführung und Mitgliedern eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt<sup>35</sup>.

A/J gehen in ihrem Modell von drei Entscheidungseinheiten aus: den Unternehmen, der Gewerkschaftsführung und den Gewerkschaftsmitgliedern. Für unsere Untersuchung des Widerstandes der Gewerkschaften gegen Lohnzugeständnisse ist besonders die Beziehung zwischen der Gewerkschaftsführung und ihren Mitgliedern von Interesse. Die Gewerkschaftsspitze ist primär am Überleben und am Wachstum (Mitgliederzahl) ihrer Organisation und am persönlichen Interesse ausgerichtet<sup>36</sup>. Hingegen beurteilen die Mitglieder die Gewerkschaftsorganisation nach dem Verhandlungserfolg bei den Tarifauseinandersetzungen. Wird die Gewerkschaftsführung mit einem Lohnangebot

---

<sup>31</sup> Dieser Aspekt wird eingehend untersucht in: *Isard* (1973) und *Seidman* (1976 b).

<sup>32</sup> Diese Möglichkeit wird von W/W als irrelevant angesehen, vgl. *Wallich/Weintraub* (1971), 8.

<sup>33</sup> Siehe die Darstellung in: *Ashenfelter/Johnson* (1969).

<sup>34</sup> Empirische Überprüfungen des Modells findet man z. B. in: *Ashenfelter/Johnson* (1969), 42 ff. und *Farber* (1978).

<sup>35</sup> Dieser Konflikt wurde zuerst herausgearbeitet von *Ross* (1972). Hingegen wird in der Analyse von *Kotowitz/Portes* (1974) dieser Aspekt vernachlässigt, so daß deren Modellanalyse hier nicht verwandt werden kann.

<sup>36</sup> Vgl. *Ross* (1972), 186.



konfrontiert, das den Erwartungen der Mitglieder nicht entspricht, so kann sie das Angebot — trotz des Widerstandes der Mitglieder — annehmen, oder sie kann es ablehnen und einen Streik in Kauf nehmen. Im ersten Fall muß sie mit dem internen Widerstand und u. U. mit einer Ablehnung der Vereinbarung rechnen. Ihre zukünftige Verhandlungsposition — ihr Image als harter Verhandlungsgegner — wird beeinträchtigt.

Im zweiten Fall hingegen kommt es zu einer Solidarisierung zwischen Gewerkschaftsführung und den Mitgliedern. Der entscheidende Vorteil dieser Strategie liegt nach A/J darin, daß mit zunehmender Länge des Streiks der Widerstand der Mitglieder gegen Lohnzugeständnisse abnimmt, da die von den Mitgliedern akzeptierte Mindestlohnerhöhung  $w_l^A$  eine Funktion der Länge der Streikdauer  $S$  ist:

$$(7) \quad w_l^A = f(S) .$$

Diese Verhaltensfunktion verläuft monoton fallend und nähert sich approximativ an die für die Mitglieder unter allen Umständen zu realisierende Lohnsteigerungsrate  $w_l^\infty = w_l(\infty)$ .

$w_l^A(0) = w_l^0$  stellt die Anfangsforderung der Mitglieder dar. Diese Anfangsforderung wird mit zunehmender Streiklänge an die unbedingt zu realisierende Lohnsteigerungsrate  $w_l^\infty$  angepaßt, dabei gibt der Koeffizient  $r$  die Anpassungsgeschwindigkeit an. Diese Verhaltensfunktion entspricht in ihrem Verlauf der Widerstandskurve im Hicks-Modell und läßt sich formal darstellen als:

$$(8) \quad w_l^A(S) = w_l^\infty + (w_l^0 - w_l^\infty) e^{-rS} .$$

Die Wirksamkeit der TIP hängt im Modell von A/J davon ab, inwieweit es gelingt, die drei Parameter der Funktion  $f$ :  $w_l^\infty$ ,  $w_l^0$  und  $r$  zu beeinflussen<sup>37</sup>. In den Bereichen, in denen die Lohnraten über der Lohnleitlinie  $w_l^\dagger$  liegen, ist zu erwarten, daß durch die TIP der Widerstand der Mitglieder verringert wird, d. h. der Koeffizient  $r$  steigt, der die Lernfähigkeit bzw. -bereitschaft mißt<sup>38</sup>. Dies gilt aber nicht für die Bereiche, die durch niedrige Lohnsteigerungsraten gekennzeichnet sind. Dort wird es für die Mitglieder sehr schwer einsichtig sein, Lohnsteigerungsraten zu akzeptieren, die unter der Lohnleitlinie liegen. Es ist also zu erwarten, daß es aufgrund der unterschiedlichen Beeinflussung der Anpassungsgeschwindigkeit in den Sektoren zu einer

<sup>37</sup> Zur Operationalisierung dieser drei Parameter siehe die Arbeiten von *Ashenfelter/Johnson* (1969) sowie *Farber* (1978).

<sup>38</sup> Daß durch einkommenspolitische Maßnahmen der Koeffizient  $r$  beeinflußt werden kann, bestätigt die Untersuchung von *Farber* (1978).

Nivellierung der Lohnraten und zu einer Erhöhung der Streikhäufigkeit in den Bereichen kommt, in denen unter der Norm liegende Lohnraten vereinbart werden<sup>39</sup>. Ob sich dann gesamtwirtschaftlich ein relativ niedriges Lohnniveau durch die TIP einstellt, hängt davon ab, wie sich die positiven und negativen Effekte der TIP kompensieren. Auf der einen Seite existieren die positiv zu beurteilenden Lohneffekte der gesunkenen Konzessionsbereitschaft der Unternehmen und des reduzierten Widerstandes der Beschäftigten in Bereichen mit einem hohen Lohnniveau. Auf der anderen Seite müssen die negativ zu bewertenden Effekte des größeren Widerstandes im Niedriglohnniveaubereich gesehen werden. In diesem Bereich wird sich das Verhalten der Unternehmen bei den Tarifverhandlungen nicht ändern, da sich für sie die TIP steuerlich nicht auswirkt.

Ebenfalls nicht eindeutig ist der Effekt der TIP auf die Anfangsforderung der Mitglieder, die u. a. von der konjunkturellen Situation und der Lohnentwicklung in der Vergangenheit abhängt. Einerseits kann argumentiert werden, daß die Mitglieder mit einem höheren Widerstand der Unternehmen in den Lohnverhandlungen rechnen und deshalb sich niedrigere Anfangsforderungen herausbilden. Andererseits ist es möglich, daß eine Weiterwälzung der Strafsteuer durch die Unternehmen erwartet wird. In diesem Fall werden die Mitglieder gemäß der Nettoallohnhypothese diesen inflationären Effekt der TIP antizipieren, und es wird zu einer Steigerung der Größe  $w_l^0$  kommen. Der gleiche negative Effekt der TIP kann auch bei der Größe  $w_l^{\infty}$  eintreten. Akzeptieren wir die These Tobins, daß die Beschäftigten unbedingt die sich im historischen Prozeß herausgebildete Lohnstruktur aufrechterhalten wollen, und kommt es, wie oben ausgeführt, durch die TIP zu einer Nivellierung der Lohnstruktur, dann ist zu erwarten, daß  $w_l^{\infty}$  ebenfalls steigt.

Als Fazit können wir sagen, daß die Auswirkungen der Strafsteuer auf die Widerstandskurve der Gewerkschaften oft gegenläufig sind, sich deshalb teilweise aufheben und insgesamt gering sein werden. Wir können die These von Seidman akzeptieren, daß es aufgrund der veränderten Konzessionskurve der Unternehmen sowohl zu einer Nivellierung der Lohnstruktur als auch zu einem tendenziell niedrigeren durchschnittlichen Lohnniveau kommen wird (siehe Abbildung 2)<sup>40</sup>.

---

<sup>39</sup> Dieser Aspekt gewinnt an Bedeutung, wenn man — wie es die Segmentierungstheorie annimmt — zwischen einem primären Arbeitsmarkt, der durch stabile Beschäftigungsverhältnisse und relativ hohe Löhne gekennzeichnet ist, und dem sekundären Arbeitsmarkt, der durch schlechte Bezahlung und mit hohem Beschäftigungsrisiko ausgestattete Arbeitsplätze charakterisiert ist, differenziert. Zur Segmentierungstheorie siehe z. B. *Sengenberger* (1978).

<sup>40</sup> Vgl. die „Figure 4“ bei *Seidman* (1978 b), 661.

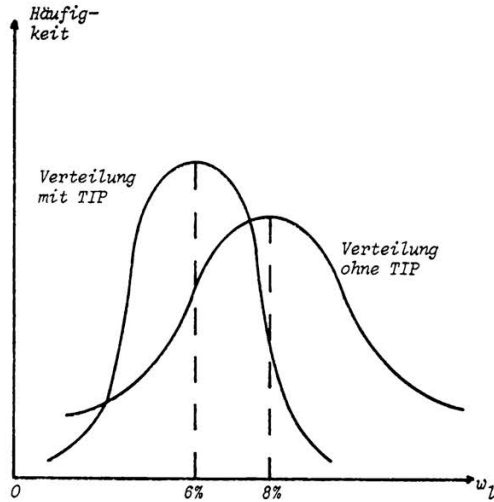


Abb. 2

Damit ist aber noch nicht gesagt, daß sich die spezifischen Lohnkosten durch die TIP positiv entwickeln. Wir müssen zusätzlich die negativen Effekte der TIP mitberücksichtigen. Zu nennen sind die Kosten durch die streikbedingten Produktionsausfälle, die durch die TIP häufiger werden. Weiter ist die Beeinträchtigung der Arbeitsproduktivitätsentwicklung zu nennen. Durch die TIP, die sowohl die historisch gewachsene Lohnstruktur nivelliert und damit u. U. die als gerecht angesehene Lohnstruktur zerstört, als auch die durch die TIP verschärften Tarifaueinandersetzungen werden die Beziehungen zwischen Unternehmen und Beschäftigten verschlechtern und bestimmt nicht die Arbeitsproduktivität fördern. Berücksichtigen wir die Arbeitsproduktivitätseffekte der TIP, so wird es noch fraglicher, ob tatsächlich die Lohnstückkosten reduziert werden.

Akzeptieren wir die These von W/W und den Anhängern der TIP, daß es tatsächlich zu niedrigeren Lohnabschlüssen kommt, so ist immer noch nicht die Frage beantwortet, ob dies auch zu einer Reduzierung der Inflationsrate führt. Während Weintraub bei der Bestimmung des Effektes der TIP auf den Lohnprozeß eine mikroökonomische Analyse verwendet, argumentiert er bezüglich des Zusammenhanges zwischen Lohnkosten und Inflation rein makroökonomisch. Er geht von der Identität  $P \cdot Q = Y$  aus, wobei  $P$  das Preisniveau,  $Y$  das Bruttosozialprodukt und  $Q$  der reale Output sind. Wenn gilt:  $A = Q/N$ , und  $N$  für die Beschäftigtenzahl steht, erhält man den gesamtwirtschaftlichen Aufschlagskoeffizienten (mark up rate)  $k$  durch  $Y = P \cdot Q = k \cdot lN$  oder



$P = k l/A$ , so daß  $w_p = w_l + w_k - w_A$  ist, wenn  $l$  den durchschnittlichen Lohnsatz angibt.

Weintraub kommt in seiner empirischen Untersuchung zu dem Ergebnis, daß für die USA der Aufschlagskoeffizient  $k$  nahezu konstant ist und bei 1.8 liegt<sup>41</sup>. Danach ist die TIP immer dann erfolgreich, wenn es gelingt, die Lohnsteigerungsrate an der Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität auszurichten. Dies kann man erreichen, indem man die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität als Lohnleitlinie verwendet. In diesem Fall ist  $w_p = 0$ , da  $w_k = 0$  und  $w_l = w_A$  sein sollen.

Betrachten wir die Entwicklung des Aufschlagskoeffizienten  $k$  für die Bundesrepublik, dessen Entwicklung in Tabelle 1 wiedergegeben ist, so erhalten wir für die Wachstumsraten von  $k$  ein Ergebnis (siehe Abbildung 3 auf S. 582), das zumindest die These der Konstanz von  $k$  für die Bundesrepublik bezweifeln läßt<sup>42</sup>.

Tabelle 1

Jahr	1960	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969
Wert von k	1,655	1,595	1,560	1,536	1,543	1,524	1,501	1,506	1,543	1,513

Jahr	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978
Wert von k	1,475	1,447	1,439	1,414	1,377	1,379	1,406	1,392	1,403

Berücksichtigen wir die Schwankungsbreite von  $w_k$ , die zwischen  $-3,6\%$  und  $+2,5\%$  liegt, so sehen wir, daß die These von Weintraub, daß  $k$  relativ konstant ist, für die Bundesrepublik zurückgewiesen werden muß. Daß  $k$  langfristig u. U. konstant ist, ist in diesem Zusammenhang irrelevant, da mit der TIP die kurzfristige Anpassungsfähigkeit der Löhne und die sich daraus ergebenden kurzfristigen inflationären Tendenzen beeinflußt werden sollen. Dieses empirische Ergebnis unterstützt die theoretischen Einwände, die von den Monetaristen gegen die These einer kostendeterminierten Entwicklung des Preisniveaus erhoben werden<sup>43</sup>. Es wird bestritten, daß die Lohnkosten die Ursache der inflationären Entwicklung sind. Vielmehr wird als Ursache eine expansive Geldmengenpolitik genannt. Daß zwischen Geldmenge und dem Geldwert eine Beziehung besteht, wird auch von Weintraub nicht

<sup>41</sup> Siehe Fig. 3.1, in: Weintraub (1978), 47.

<sup>42</sup>  $k$  wurde berechnet unter Verwendung der Beziehung  $k = 1/\pi$ , wobei  $\pi$  die Lohnquote darstellt. Die Daten für die Entwicklung der Lohnquote wurden übernommen aus SVR (1978), Tabelle 16 in Ziffer 129.

<sup>43</sup> Zur monetaristischen Kritik an die TIP siehe z. B. Jianakoplos (1978).

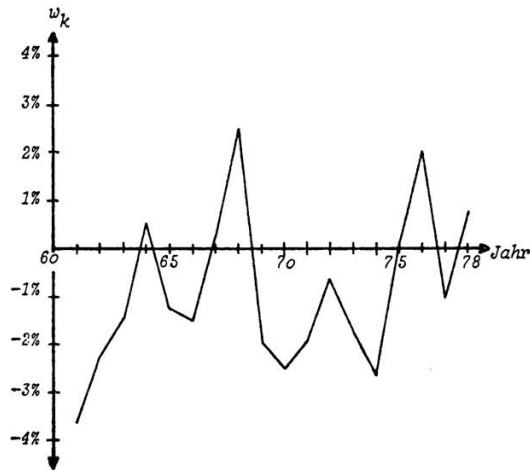


Abb. 3

bestritten<sup>44</sup>. Nach seiner Ansicht ist aber die Beziehung zwischen den beiden Größen wesentlich komplexer als sie von den Monetaristen dargestellt wird. Gemäß der Fisherschen Quantitätsgleichung gilt:  $M \cdot V = P \cdot Q$ , wenn  $V$  die Umlaufgeschwindigkeit darstellt. Bzw. in Wachstumsraten formuliert

$$(9) \quad w_M + w_V = w_p + w_Q.$$

Weintraub unterstellt in monetaristischer Tradition, daß die Umlaufgeschwindigkeit in einer festen Beziehung zur Geldmengenentwicklung steht, so daß wir  $w_M + w_V = m(w_M)$  setzen können, und, da  $w_Q = w_A + w_N$  ist, erhält man rein tautologisch

$$(10) \quad m(w_M) = w_l + w_k + w_N.$$

Der wesentliche Unterschied zwischen der Auffassung von Weintraub und der monetaristischen Position liegt in der unterschiedlichen Einschätzung der Wirkung von  $w_M$  auf die drei Komponenten der rechten Seite von Gleichung (10)<sup>45</sup>. Von den Monetaristen wird der Effekt von  $w_M$  auf  $w_l$  und  $w_k$  als die wesentliche Beziehung angesehen. Hingegen wird  $w_N$  durch realwirtschaftliche Größen determiniert<sup>46</sup>.

Diese Beziehung wird nun von Weintraub umgekehrt. Seiner Meinung nach ist sowohl  $w_l$  als auch  $w_k = 0$  unabhängig von  $w_M$ . Durch die Geldmengenpolitik wird nach Weintraub einzig und allein das

<sup>44</sup> Siehe z. B. Weintraub (1972), 106 ff. sowie Weintraub (1978), 69 ff.

<sup>45</sup> Eine ähnliche Argumentation findet man bei Hicks (1976).

<sup>46</sup> Diese Position ist aber von den Monetaristen bezüglich der kurz- und langfristigen Effekte relativiert worden. Siehe dazu: Ribhegge (1979), 9 ff.

Beschäftigungsniveau determiniert<sup>47</sup>. Eine restriktive Geldpolitik hat nach Weintraub keinen inflationsdämpfenden Effekt. Dieser inflationsdämpfende Effekt soll hingegen durch die TIP erreicht werden. Der TIP kommt eine ergänzende Funktion bei der Geldpolitik zu<sup>48</sup>.

### b) Beschäftigungseffekte

Die von Weintraub initiierte Auseinandersetzung mit der Position der Monetaristen ist von *Seidman* weitergeführt worden. Er nimmt die monetaristische These der Existenz einer natürlichen Arbeitslosigkeit auf und versucht nachzuweisen, daß durch die TIP die Rate der natürlichen Arbeitslosigkeit verringert wird.

*Seidman* analysiert mit Hilfe der Lohngleichung

$$(11) \quad w_l(t) = \alpha \frac{\bar{U} - U(t)}{U(t)} + \beta \frac{G^N - \bar{G}^N}{\bar{G}^N} + w_l(t-1),$$

wobei  $U$  die Arbeitslosenrate und  $\bar{G}^N$  die sich historisch entwickelte durchschnittliche Mindestgewinnrate darstellen sowie  $\bar{U}$  die natürliche Arbeitslosenrate repräsentiert, den Einfluß der TIP auf die natürliche Arbeitslosenrate (bzw. die „nonaccelerating-inflation rate of unemployment [NAIRU])<sup>49</sup>. Zur Vereinfachung der Darstellung verzichtet *Seidman* auf die Berücksichtigung eines distributed time lags in der Lohngleichung. Den Effekt der TIP erläutert *Seidman* anhand eines einfachen Beispiels. In der Ausgangsposition sei  $U = \bar{U}$ , d. h. von der Arbeitslosenrate geht kein inflationärer Effekt aus (Zustand der NAIRU ohne TIP), so daß für eine fiktive Lohnsteigerungsrate  $w_l(t-1) = 8\%$   $w_l(t) = 8\%$  wäre. Unterstellen wir die mark up Hypothese mit  $w_k = 0$  und eine Arbeitsproduktivität von  $2\%$ , so wäre  $w_p(t) = 6\%$ . Gibt die Regierung in dieser Situation eine Lohnleitlinie in Höhe von  $7\%$  vor, so daß  $w_l(t)$  auf  $7\%$  nach Ansicht von *Seidman* reduziert wird, sinkt die Inflationsrate auf  $5\%$ . Von einer permanenten Reduzierung der Lohnleitlinie erwartet *Seidman*, daß die NAIRU immer niedriger wird.

<sup>47</sup> „To argue, as below, that the money-wage-productivity relationship determines the price level is, of course, to deny any direct impact of money supplies on prices, but it would be an egregious error to interpret this to mean that changes in money supplies are innocuous. Quite to the contrary, they are potent indeed. But their direct incidence is upon employment and output rather than upon prices, although there may be some repercussions on the latter as employment varies.“ *Weintraub* (1972), 108.

<sup>48</sup> „Despite this skepticism of monetarism as an inflation safeguard, monetary policy remains a macro stabilizer. Given a suitable incomes policy to align wages (and salaries) to productivity, monetary policy would be released to make its contribution to full employment by encouraging home building and investment generally, as well as serving consumer finance, in periods of unemployment.“ *Weintraub* (1972), 110.

<sup>49</sup> *Seidman* (1978), 320 ff.



Denn ist  $w_l(t)$  der Lohnsatz, der sich nach (11) ohne Anwendung der TIP ergibt, und bindet sich die Regierung bei der Festsetzung der Lohnleitlinie an die Regel

$$(12) \quad w_l^+(t) - w_l^+(t) = \Theta \quad (\Theta \text{ Anpassungskoeffizient für die Lohnleitlinie}),$$

so erhält *Seidman* die neue Beziehung

$$(13) \quad w_l(t) - w_l(t-1) = \alpha \frac{\bar{U} - U(t)}{U(t)} + \beta \frac{G^N - \bar{G}^N}{\bar{G}^N} - \Theta$$

bzw.

$$(14) \quad w_l(t) - w_l(t-1) = h \frac{\bar{U} - U(t)}{U(t)} - \Theta = w_p(t) - w_p(t-1),$$

da *Seidman* unterstellt, daß zwischen der Gewinnentwicklung und der Arbeitslosigkeit die Beziehung

$$(15) \quad \frac{G^N - \bar{G}^N}{\bar{G}^N} = c \frac{\bar{U} - U(t)}{U(t)}$$

besteht.

Akzeptieren wir diese Argumentation von *Seidman*, so würde durch die TIP tatsächlich der Konflikt zwischen Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität abgebaut.

Die Argumentation von *Seidman* überzeugt aber aus folgenden Gründen nicht:

1. Die unterstellte Lohngleichung in (11) ist empirisch nicht gesichert; dies gilt besonders für die Beziehung zwischen der Gewinn- und der Lohnentwicklung<sup>50</sup>. Deshalb ist der von *Seidman* angesprochene Einkommenseffekt der TIP irrelevant<sup>51</sup>. Er meint, daß die TIP eine Reduzierung der Gewinnentwicklung und so eine Reduzierung der Lohnforderungen bewirken könne.
2. *Seidman* unterstellt, daß die Lohnleitlinie tatsächlich realisiert wird, denn nur für den Fall  $w_l(t) = w_l^+(t)$  gilt die Lohngleichung (13). Er setzt voraus, daß die TIP den gewünschten Effekt bewerkstelligt. Diese Annahme ist nur dann gerechtfertigt, wenn der Multiplikator  $m$  der Steuerfunktion sehr hoch ist, wir faktisch von einem Preisstop ausgehen müssen. Hinzu kommen die institutionellen Schwierigkeiten. Lohnvereinbarungen werden langfristig abge-

<sup>50</sup> Siehe dazu die Kritik von *Gordon* im Anschluß an das Referat von *Seidman* (1978 a), 349 ff.

<sup>51</sup> Vgl. *Seidman* (1978 a), 318.

geschlossen und sind von daher nicht kurzfristig an die sich ändernde Lohnleitlinie anzupassen<sup>52</sup>.

3. Das schwächste Glied in der Argumentation von Seidman ist die Annahme, daß Lohnkostenvorteile in der Periode ihrer Entstehung an die Nachfrager weitergegeben werden. Mit dieser These der sofortigen Weitergabe der Lohnkostensenkung werden die Argumente, die zur Begründung der natürlichen Arbeitslosigkeit vorgetragen werden (wie Preisstarrheit usw.) beiseite geschoben. Die Existenz der natürlichen Arbeitslosigkeit ist nach der Mikroökonomischen Inflations- und Beschäftigungstheorie auf Informationsmängel, Informationsbeschaffungs- und -verarbeitungskosten, Mobilitätsmängel und Mobilitätskosten zurückzuführen. Durch die TIP wird auf dem Arbeitsmarkt weder das Informationsniveau über die gleichgewichtige Lohnstruktur verbessert — ganz im Gegenteil, die Ausrichtung auf die *gesamtwirtschaftliche* Arbeitsproduktivität verhindert eine u. U. notwendige Differenzierung — noch wird durch die Nivellierung der Löhne ein Mobilitätsanreiz gesetzt. Da durch die TIP die Anpassungsgeschwindigkeit der Löhne an ein neues Gleichgewicht nicht erhöht, das Informationsniveau eher verschlechtert und die Mobilitätsbereitschaft des Faktors Arbeit nicht positiv beeinflußt werden, müssen wir bezweifeln, daß durch die TIP die natürliche Arbeitslosenrate verringert wird.

Die Beurteilung der TIP fällt noch negativer aus, wenn wir die Wirkung der Preisentwicklung auf die Löhne berücksichtigen und nicht wie Seidman nur die Kausalkette  $w_l \rightarrow w_p$  betrachten. Verwenden wir die Darstellung von Okun (1978), so gilt vereinfacht:

$$(16) \quad w_l(t) = a_1 w_l(t-1) + a_2 w_p(t-1) + f(U(t)).$$

Wir sehen, welche Konsequenzen sich aus den oben vorgetragenen Kritikpunkten ergeben. Von der Strafsteuer geht nicht nur ein positiver, sondern auch ein negativer Effekt aus. Je wirkungsvoller die Überwälzung der Strafsteuer (in Form von  $w_p(t-1)$ ) ist und je stärker die Preissteigerungen aufgrund der Nettoallohnorientierung (gemessen durch  $a_2$ ) von den Gewerkschaften berücksichtigt werden, um so stärker wird der direkte positive Effekt der Strafsteuer auf  $w_l(t-1)$  abgeschwächt. Damit soll nicht die völlige Wirkungslosigkeit der Strafsteuer behauptet werden. Beide Effekte sind nämlich nach Weintraub<sup>53</sup> im Zeitablauf unterschiedlich wirksam. Der Preisüberwälzungseffekt

<sup>52</sup> Daß dieses Verhalten auch rational ist, versucht die Kontrakttheorie nachzuweisen, eine Darstellung dieses Ansatzes findet man z. B. bei: Ramser (1979).

<sup>53</sup> Weintraub (1978), 137.

der Strafsteuer tritt nur einmal zu Beginn der Einführung der Strafsteuer ein, wenn die Lohnleitlinie überschritten wird. Hingegen ist der Druck der TIP — aufgrund des permanent höheren Steuersatzes — andauernd, so daß Weintraub erwartet, daß der Überwälzungseffekt *langfristig* geringere Wirkungskraft zeigt als der direkte Effekt auf die Löhne. Damit wird aber nicht die Zielsetzung der TIP erfüllt, die aufgrund der unterschiedlichen Anpassungsgeschwindigkeiten von Preisen und Mengen kurzfristig entstehenden negativen Beschäftigungseffekte einer restriktiven Geldpolitik zu beseitigen oder abzuschwächen.

### c) Verteilungseffekt

Betrachten wir die Auswirkungen der TIP auf die Verteilung, so sind auch für diesen Bereich keine positiven Effekte zu sehen. Durch die Ausrichtung der Lohnpolitik auf die gesamtwirtschaftliche Lohnleitlinie wird den Gewerkschaften die Chance genommen, durch eine Lohndifferenzierungspolitik, bei der die jeweilige sektorale und betriebliche Gewinnsituation berücksichtigt wird, verteilungspolitische Erfolge für ihre Mitglieder zu erreichen<sup>54</sup>. Statt dessen wird durch die Nivellierung der Löhne, die die unterschiedlichen Leistungsanforderungen an die Beschäftigten unberücksichtigt läßt, das Gefühl bei den Beschäftigten verstärkt, daß sie ungerecht entlohnt werden. Darüber hinaus impliziert die TIP eine Zementierung der Lohnquote, nimmt den Gewerkschaften die Chance, eine Umverteilung zugunsten der Beschäftigten zu realisieren<sup>55</sup>. Denn aus  $w_l^* = w_l = w_A$  folgt für die Lohnquote  $\pi = l \cdot N/Q$   $w_{\pi} = w_l - w_A = 0$ . Durch die produktivitätsorientierte Lohnpolitik der TIP wird die sich in der Vergangenheit herausgebildete Lohnquote ein für allemal festgeschrieben. Daß dies für die Gewerkschaften und ihre Mitglieder nicht akzeptabel ist, muß nicht ausführlich begründet werden. Will man die TIP als einkommenspolitisches Instrument retten, so ist es unabdingbar, eine flexiblere Norm für die Lohnleitlinie zu finden, bei der auch die Entwicklung von Knappheitselementen mitberücksichtigt wird. Dies fällt um so leichter, da nur dann die Lohnleitlinie mit der Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität übereinstimmen muß, um den Geldwert zu sichern, wenn tatsächlich  $w_k = 0$  ist. Da diese Voraussetzung nicht erfüllt ist, kann vielleicht eine Lohnleitlinie gefunden werden, die sowohl den verteilungspolitischen als auch den stabilitätspolitischen Erfordernissen gerecht wird<sup>56</sup>.

<sup>54</sup> Siehe dazu ausführlich *Külp* (1972), 72.

<sup>55</sup> Vgl. den Nachweis bei *Ott* (1967).

<sup>56</sup> Zur Verteilungsproblematik im Rahmen der Einkommenspolitik siehe z. B. *Ribhegge* (1978), 13 ff.



#### IV. Resümee

Betrachten wir abschließend den Vorschlag von W/W, dann müssen wir positiv hervorheben, daß W/W als erste einen Versuch zu einer umfassenden mikroökonomischen Fundierung der Einkommenspolitik geliefert haben. Ihre Zielsetzung, das Verhalten der mikroökonomischen Entscheidungseinheiten zu beeinflussen, kann nur unterstützt werden. Daß sie dies über selektive Anreize erreichen wollen, um die Attraktivität zu erhöhen, einen Beitrag zur Erstellung des öffentlichen Gutes „Geldwertstabilität bei Vollbeschäftigung“ zu leisten, ist ein überzeugender Ansatz.

Die Kritik setzt nicht bei der allgemeinen Ausrichtung von W/W an, sondern bei der Ausgestaltung der Strafsteuer und den gemachten Hypothesen über die Verbindung von mikroökonomischen Entscheidungen zu gesamtwirtschaftlichen Ergebnissen. Erstens bleibt zu bezweifeln, daß durch die TIP die Lohnkosten reduziert werden können. Zweitens, die Hypothese der Preisbildung ist in der von W/W verwandten Form (mark-up) empirisch nicht gesichert und wenig überzeugend. Insbesondere die Annahme der Konstanz des Aufschlagsatzes ist abzulehnen. Drittens, der negative Effekt der durch die TIP bedingten Nivellierung der Lohnstruktur wirkt sich stärker negativ auf die natürliche Arbeitslosenrate aus als der positive Effekt einer tendenziell geringeren Lohndurchschnittsrate, so daß durch die TIP der Konflikt zwischen Vollbeschäftigung und Stabilität des Geldwertes verschärft wird. Da die Ausrichtung der Lohnleitlinie auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität keine Umverteilungsmöglichkeiten zuläßt, ist sie auch unter verteilungspolitischen Gesichtspunkten abzulehnen. Dennoch muß noch einmal betont werden, von der allgemeinen Ausrichtung ist die TIP nur zu empfehlen. Zu hoffen bleibt, daß Konzepte entwickelt werden, die diese Ausrichtung aufnehmen, die aber nicht mit den im Detail liegenden Schwächen des Vorschlages von W/W behaftet sind.

#### Verzeichnis der wichtigsten Symbole

$b$	(Basis-)steuersatz
$E$	Konzessionskurve der Unternehmen
$ET$	Konzessionskurve der Unternehmen nach Einführung der TIP
$G$	Gewinn
$G^{br}$	Bruttogewinn
$G^n$	Nettogewinn vor Einführung der TIP
$G^{sn}$	Nettogewinn nach Einführung der TIP

$k$	mark up Rate
$m$	Multiplikator der Strafsteuer
$t$	Steuersatz nach Einführung der TIP
$U$	Widerstandskurve der Gewerkschaften
$U^T1$	Widerstandskurve der Gewerkschaften nach Einführung der TIP
$w_l$	Lohnrate
$w_l^†$	Lohnleitlinie
$\pi$	Lohnquote

### Zusammenfassung

In diesem Beitrag wird die Wirksamkeit der Tax Incomes Policy bezüglich ihres Geldwert-, Beschäftigungs- und Verteilungseffektes untersucht. Es wird gezeigt, daß die Zielsetzung der Steuer, die Wirksamkeit der Geld- und Fiskalpolitik zu erhöhen, nur unzureichend realisiert wird. Diese Ineffizienz der Tax Incomes Policy ist nicht auf ihre allgemeine Ausrichtung — mittels selektiver Anreize stabilitätskonformes Verhalten zu erreichen — zurückzuführen, sondern darauf, daß die zugrundegelegten Hypothesen über die Verbindung von mikroökonomischen Entscheidungen und gesamtwirtschaftlichen Ergebnissen unzureichend sind und das Verteilungsziel vernachlässigt wird. Im übrigen ist die politische Durchsetzbarkeit dieses Konzepts zu bezweifeln: die TIP wird von den Gewerkschaften abgelehnt werden, da die Strafsteuer keinen Umverteilungsspielraum läßt.

### Summary

This paper analyses the influence of the Tax Incomes Policy on monetary stability, employment, and distribution of income. It is demonstrated that the intension of the tax to increase the efficiency of monetary and fiscal policy is only insufficient realised. The inefficiency of the Tax Incomes Policy is not primarily founded on its general theoretical foundation — i.e., the assumption that selective incentives are required to establish a behaviour conforming to the stabilization aims — but on the fact that the applied hypotheses about the connection of microeconomic decisions and macroeconomic results are not convincing and that the distribution aim is neglected. Furthermore, the political realization of the concept must be doubtful: the Tax Incomes Policy will be rejected by the trade unions, because the possibility of incomes redistribution is excluded by the tax.

### Literatur

- Ashenfelter, O. and G. E. Johnson (1969), Bargaining Theory, Trade Unions, and Industrial Strike Activity. *American Economic Review*, 59 (1969), 35 - 49.
- Brittan, S. (1978), Besprechung von S. Weintraub, Capitalism's Inflation Crisis, a.a.O. *Journal of Economic Literature*, 16 (1978), 1458 - 1460.

- Cassel, D. and H. J. Thieme (1977), Einkommenspolitik. Köln.
- Dildine, L. L. and E. M. Sunley (1978), Administrative Problems of Tax-Based Incomes Policy. *Brookings Papers on Economic Activity*, (1978), 363 - 389.
- Ehrlicher, W. (1975), Wandlungen des Inflationsprozesses, in: S. Klatt, M. Willms (Hrsg.), *Strukturwandel und makroökonomische Steuerung* (Festschrift für Fritz Voigt zur Vollendung des 65. Lebensjahres), Berlin, 387 bis 405.
- Farber, H. S. (1978), Bargaining Theory, Wage Outcomes, and the Occurrence of Strikes: An Econometric Analysis. *American Economic Review*, 68 (1978), 262 - 271.
- Fogarty, M. P. (1973), Fiscal Measures and Wage Settlements. *British Journal of Industrial Relations*, 11 (1973), 29 - 65.
- Frey, B. S. (1966), Lohn- und Sparpolitik als optimale Gewerkschaftsstrategie. *Jahrbuch für Sozialwissenschaft*, 17 (1966), 198 - 224.
- Friedrich, H. (1974), Einkommenspolitik durch eine Gewinn-Zusatzsteuer? *Wirtschaftsdienst*, 54 (1974), 142 - 146.
- Haberler, G. (1975), *Wirtschaftswachstum und Stabilität* (Wirtschaft und Wirtschaftspolitik im Wandel). Zürich.
- Hicks, J. R. (1963), *The Theory of Wages*. London.
- (1976), The Little That is Right with Monetarism. *Lloyds Bank Review*, 121 (1976), 16 - 18.
- Isard, P. (1973), The Effectiveness of Using the Tax System to Curb Inflationary Collective Bargains: An Analysis of the Wallich-Weintraub Plan. *Journal of Political Economy*, 81 (1973), 729 - 740.
- Jianakoplos, N. A. (1978), A Tax-Based Incomes Policy (TIP): What's It All About? *Federal Reserve Bank of St. Louis*, 60 (February 1978), 8 - 12.
- Kock, H. (1977), Nettoreallohnenorientierung der Gewerkschaften und Stagflation. *Konjunkturpolitik*, 23. (1977), 119 - 141.
- Kotowitz, Y. and R. Portes (1974), The Tax on Wage Increases. *Journal of Public Economics*, 3 (1974), 113 - 132.
- Külp, B. (1965), *Lohnbildung im Wechselspiel zwischen politischen und wirtschaftlichen Kräften*. Berlin.
- (1972), Der Einfluß der Konzertierten Aktion auf das Verhalten der Tarifpartner, in: E. Dürr (Hrsg.), *Neue Wege der Wirtschaftspolitik*, Schriften des Vereins für Socialpolitik N.F., 67 (1972), Berlin.
- Latham, R. W. and D. A. Peel (1977), The 'Tax on Wage Increases, when the Firm is a Monopsonist. *Journal of Public Economics*, 8 (1977), 247 - 253.
- Lerner, A. P. (1977), Form Pre-Keynes to Post-Keynes. *Social Research*, 44 (1977), 387 - 415.
- Meyer-Thoms, G. (1978), Lohn- und Preiskontrollen als Instrument der Stabilisierungspolitik: Begründung und Wirksamkeit. Bochum.
- Okun, A. M. (1975), *Inflation: Its Mechanics and Welfare Costs*. *Brookings Papers on Economic Activity*, (1975), 351 - 390.
- (1977), The Great Stagflation Swamp. *Challenge*, 20 (1977), 6 - 13.
- (1978), Efficient Disinflationary Policies. *American Economic Review, Papers and Proceedings*, 68 (1978), 348 - 352.
- Ott, A. E. (1967), Zur Konzeption der Sachverständigen. *Volkswirt*, 21 (1967), 2529 - 2531.



- Ramser, H. J. (1978), Die Kontrakttheorie als Beitrag zu einer ökonomischen Theorie des Arbeitsmarktes. Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 134 (1978), 628 - 659.
- Ribhegge, H. (1978), Rationale Einkommenspolitik aus der Sicht der Neuen Politischen Ökonomie. Ein Beitrag zur Kooperation in der Wirtschaftspolitik. Tübingen.
- (1979), Außenseiterproblem und Stabilisierungspolitik, Effizientere Globalsteuerung durch selektive Anreize? Tübingen.
- Ross, A. M. (1972), Die Gewerkschaft als eine Institution der Lohnbestimmung, in: B. Külp, W. Schreiber (Hrsg.), Arbeitsökonomik (1972), Köln. Sachverständigenrat (1978), zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1978/79, Wachstum und Währung. Stuttgart.
- Seidman, L. S. (1976a), A New Approach to the Control of Inflation. Challenge, 19 (1976), 39 - 43.
- (1976b), A Payroll Tax-Credit to Restrain Inflation. National Tax Journal, 29 (1976), 398 - 412.
- (1978a), Tax-Based Incomes Policies. Brookings Papers on Economic Activity, (1978), 301 - 348.
- (1978b), Would Tax Shifting Undermine the Tax-Based Incomes Policy? Journal of Economic Issues, 12 (1978), 647 - 676.
- Sengenberger, W. (Hrsg.) (1978), Der gespaltene Arbeitsmarkt, Probleme der Arbeitsmarktsegmentation. Frankfurt, New York.
- Starbatty, J. (1977), Stabilitätspolitik in der freiheitlich-sozialstaatlichen Demokratie. Baden-Baden.
- Teichmann, U. (1975), Lohnpolitik. Stuttgart, Berlin, Köln und Mainz.
- Wallich, H. C. (1972a), Alternative Strategies for Price and Wage Controls. Journal of Economic Issues, 6 (1972), 89 - 104.
- (1972b), Phase II and the Proposal for a Tax Oriented Incomes Policy. Review of Social Economy, 30 (1972), 1 - 13.
- Wallich, H. C. and S. Weintraub (1971), A Tax-Based Incomes Policy. Journal of Economic Issues, 5 (1971), 1 - 19.
- Weintraub, S. (1971), An Incomes Policy to Stop Inflation. Lloyds Bank Review, 99 (1971), 1 - 12.
- (1972), Incomes Policy: Completing the Stabilization Triangle. Journal of Economic Issues, 6 (1972), 105 - 122.
- (1978), Capitalism's Inflation and Unemployment Crisis. Reading.